

26. ÖFFENTLICHE PLENARSITZUNG DES GEMEINDERATES AM 25. JULI 2006

Vorlage Nr. 764 ANFRAGE  
Zu TOP 19

-----  
A N F R A G E

des Stadtrats Niko Fostiropoulos (Die Linke) vom 20. Mai 2006

Verbot von Zigaretten- und Alkoholwerbung

Welche rechtlichen Möglichkeiten hat die Stadt zum Schutz Jugendlicher das Rauchen in Schulen sowohl für Schüler als auch für Lehrer zu verbieten?

Welche rechtlichen Möglichkeiten hat die Stadt zum Schutz Jugendlicher das Rauchen auf Straßen und Plätzen zu verbieten?

Welche rechtlichen Möglichkeiten hat die Stadt gemäß der EU-Richtlinie vom August 2005 Zigarettenwerbung in Karlsruhe zu verbieten?

Wie viele Nikotinkranke gab es in Karlsruhe im Jahr 2005? Wie viele sind aufgrund von Nikotinkonsum gestorben? Falls hier keine Zahlen für die ganze Stadt vorliegen sollten, dann bezieht sich diese Frage auf Statistiken Kommunaler Krankenhäuser in Karlsruhe.

Ist die Stadt mit mir einer Meinung, dass es ein Widerspruch ist, wenn Erwachsene Zigaretten und Alkohol in nicht geringen Mengen konsumieren und gleichzeitig Jugendliche davor warnen?

Ist die Stadt mit mir einer Meinung, dass es ein Widerspruch ist, Jugendliche vor Zigaretten- und Alkoholkonsum zu warnen und gleichzeitig Werbung zuzulassen, die diese Drogen mit den Begriffen "Freiheit", "Unabhängigkeit", und "erotische Ausstrahlung" belegen?

Ist die Stadt mit mir einer Meinung, dass Zigarettenkonsum im Gegensatz zum Versprechen der Zigarettenwerbung die Menschen abhängig macht, schlechten Atem produziert, die Haut schädigt und deshalb gänzlich unerotisch ist?

Sachverhalt/Begründung:

"Seit dem 1. August gilt ein EU-weites Tabakwerbeverbot: Weder in Zeitungen, Zeitschriften, Radio oder im Internet darf für Tabakprodukte geworben werden. Deutschland findet, die EU sei dafür nicht zuständig und klagt - zur Freude der Tabaklobby." So der Stern am 2. August 2005.

Die frühere Rot-Grüne Bundesregierung weigerte sich, die EU-Richtlinie zur Tabakwerbung vom August 2005 umzusetzen. Offensichtlich lagen ihr die Interessen der Zigarettenindustrie mehr am Herzen als die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger. Die Interessen der neuen Bundesregierung von CDU und SPD scheinen in dieser Frage offensichtlich gleich gelagert zu sein.

Die Fürsorgepflicht, die die Stadt für ihre Bürgerinnen und Bürger hat, erfordert es im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten eigene Wege zu gehen. Ein Werbeverbot für legale Drogen ist hier nur eine, aber wichtige Maßnahme zum Schutz Jugendlicher.

gez. Niko Fostiropoulos

Hauptamt - Sitzungsdienste -  
14. Juli 2006

Stellungnahme: